

W O L F S B L A T T

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen, illustrierten Beilagen, „Ministerium“ sowie „Volk u. Welt“, „Amerikaner“ eingetragenes in das das Reichspostamt. Das „Volksblatt“ ist die Publikations-Organ der gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Halle 42/44, Postfach 2 Treppen, Fernsprechnr. 2143/47, Vertriebs-Abteilung: Halle 12 bis 11/12

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Abholer 1,80 Mark. Postbezugspreis monatlich 2,- Mk. ab Postamt ab 2,- Postboten zugestellt 2,40 Mk. Ort direkter Einzahlung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg im Reklameteil. D. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Halle 42/44 Fernruf 24 606. — Zweigstelle: Dr. Ulrichstraße 27 — Postfachkonto 20319 Erlau

Will Herr Hindenburg eine Verfassungskrisis?

Der Reichspräsident drängt dem mit der Regierungsbildung beauftragten Reichkanzler die politisch-parlamentarische Marschroute auf.

Herr von Hindenburg drängt zum Bürgerblock.

Ein Schreiben an Dr. Marx.

Der Reichspräsident hat am Donnerstagmorgen das nachfolgende Schreiben an den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler! Die außen und innenpolitische Lage des Reiches erfordert eine arbeitsfähige und starke Regierung. Die Regierung wird am erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen kann. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter den Parteien der Linken ist zurzeit wenigstens nicht möglich. Der Versuch zur Schaffung einer nur auf die Reichsparteien gestützten Regierung ist gescheitert. Ich richte, nunmehr an Sie, Herr Reichskanzler, das Ersuchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstags mit hinstufiger Befehlsmacht zu übernehmen.“

„Ich appelliere gleichzeitig an die Herrschaften in Frage kommenden Fraktionen des Reichstags, werthvolle Bedenken und Vorschläge unter der Annahme von Interesse des Vaterlandes beizubringen, sich zur Mitarbeit unter Ihrer Führung zu entschließen und sich hinter eine Regierung zu sammeln, die entschlossen ist, nicht für und nicht gegen politische Parteien, sondern getreu der Verfassung für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten.“

„Diese neue Regierung soll, wenn sie aus Vertretern der Linksparteien nicht angeht, demnach die besondere Rücksicht haben, in gleicher Weise wie andere Staatsnotwendigkeiten die berechtigten Interessen der breiten Arbeiterschaft zu wahren, in dem Bestreben, den gesamten deutschen Volke in allen seinen Schichten zu dienen, die vor uns liegenden wichtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben lösen.“

Die Antwort der Zentrumsfraktion Scheinbar und unter Umständen zu Verhandlungen mit den Deutschnationalen bereit.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags legte am Donnerstag in ihrer zweiten Sitzung um 9 1/2 Uhr abends folgenden Bescheid zur politischen Lage:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat am Donnerstag den Bericht über die Regierungsbildung entgegengenommen. Sie erachtet in dem Schicksal der von ihr mit allem Ernst angehenden Regierung der Mitte eine bedenkliche Verwicklung in der politischen Lage. Damit ist ein Zustand geschaffen, der gewisshauspolitische Gefahren in sich schließt und länger nicht mehr verantwortet werden kann. Der erneute Aufruf an die Zentrumsfraktion, die Regierungsbildung führend zu befehlen, stellt die Fraktion vor eine neue beratungswidrige Aufgabe. Bei der Annahme dieser Aufgabe legt die Fraktion Bezug darauf, dem Lande gegenüber ihre außen- und innenpolitischen Grundlinien unter Berücksichtigung der neu geschaffenen Lage klar herauszustellen. Zu diesem Zweck wird die Fraktion am Freitag wieder zusammenzutreten.“

„Wie unser Berliner Bureau dazu erfährt, wird der Fraktionsvorsitzende des Zentrums am Freitag eine Reihe bestimmter Fragen formulieren, die an die deutschnationale Reichstagsfraktion gerichtet werden sollen.“

Niederlage völkischer Studenten.

Vreslau, 20. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Eine schwere moralische Niederlage erlitt die völkische Studentenfraktion gegen Minister Dr. Weder in einer allgemeinen Studentenversammlung der Breslauer Universität. In dieser Versammlung sprach das Reichsministerium der Deutschen Studentenschaft, Referent Dr. G. K. K. K., einer der Hauptführer im Kampfe gegen die Verfassungswidrigkeit. Der Redner fand mit seinen Ausführungen bei der Studentenschaft und lebhaften Widerspruch. Am Laufe der Debatte sprachen sich nicht nur alle linksstehenden Studentenvertreter, sondern auch rechtsstehende für eine Verhängung mit den Interdisziplinären aus, da das völkische Verbot in der Studentenschaft praktisch undurchführbar sei. Konkrete Studentengruppen lehnten es aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Auch der Rektor der Universität Breslau, der politisch durchaus nicht linksstehende Direktor Geheimrat Sonnemann räumte mit der völkischen Demagogie der Deutschen Studentenschaft scharf ab und warnt vor dem Verfall eines großen Teiles der Studierenden dem völkischen

Die meist sehr gut unterrichtete demokratische „Völkische Zeitung“ weist in ihrer heutigen Morgenausgabe bereits die Namen der drei von den Deutschnationalen vorgeschlagenen Minister zu nennen. Es sind Dr. von Drhander, von Lindeiner, Bildau und Wallraf. Im Anschluß daran bemerkt das genannte Blatt:

„Es ist kein Zweifel, daß die Deutschnationalen die etwaigen Verhandlungen mit dem Zentrum in den „Formulierungen“ außerordentlich „nagelhart“ sein werden. Die Deutschnationalen wollen unter allen Umständen in die Regierung ein- und werden über „Zwischenstufen“ nicht folgen wollen.“

„In ihrer Presse haben sie auch schon die Parole ausgegeben von der beabsichtigten Arbeiterfreundlichkeit der Regierung zu sprechen, in der die Deutschnationalen sitzen werden. Wer glaubt an diese Märchen? Man kennt den Unterschied zwischen den Zusagen, die die Deutschnationalen formell machen, um nur erst in die Regierung zu gelangen, und zwischen der Haltung, die sie einnehmen, wenn sie erst im Sattel sitzen.“

„Daß die Demokraten sich an einer solchen Kombination auch unter Führung des Zentrums nicht beteiligen könnten, ist selbstverständlich. Man würde es mit einer Wiederholung des Kabinetts Luther zu tun haben, nur mit dem Unterschied, daß damals das Zentrum sich zurückhielt, während es jetzt in dem ausgeprochenen Reichskabinet sogar die Führung übernehmen soll.“

„Nach dem Status des Fraktionsvorsitzenden ist es wahrscheinlich, daß das Zentrum einwilligen wird, Verhandlungen einzugehen, welche Bedingungen das Zentrum dabei an die Deutschnationalen stellen wird und wie weit es sich davon sichern wird, daß die Deutschnationalen diese Bedingungen nur für ein Jahr annehmen, ohne an ihre genaue Einhaltung und Erfüllung gebunden zu sein, das bleibt abzuwarten.“

„Mit der Möglichkeit eines Bürgerblockkabinetts unter Zentrumsführung muß man, so schwer das mit den bisherigen Erklärungen des Zentrums in Einklang zu bringen ist, nach den neuesten Ereignissen rechnen.“

Die Demokraten wollen nicht mitmachen.

Aus den Kreisen der demokratischen Reichstagsfraktion verlautete am Donnerstagabend über den Standpunkt der Demokraten, daß sie die Verhandlungen des geschäftsführenden Reichstags über die Bildung einer Regierung der Mitte nicht als erschlöpft betrachten können und Marx seine Bemerkungen bezüglich der Sache nicht ohne Bedenken annehmen werden. Der letzte Bescheid der Deutschen Volkspartei, der sich für die Reichstagsfraktion ausspricht, Marx habe mit den anderen Parteien der Mitte weder über ein Regierungsprogramm noch über Personenträger verhandelt. Im übrigen werde die demokratische Reichstagsfraktion einer ausgeprochenen Reichsregierung, die sich nur gegen die Sozialdemokratie richten könne, nicht beitreten. Allen der demokratischen Partei angehörigen Ministern, die sich gegen den Widerspruch der Fraktion eventuell an einer Regierung des Bürgerblockkabinetts beteiligen sollten wird von vornherein scharfe Opposition angekündigt. Es handelt sich hier um die Minister Dr. Gehler und Dr. Reinhold.

Wortführer Kersten falsche Darstellung sowohl der Rechtslage, als auch der Absichten des Ministeriums und der unfraktionierten Studentenvereinsmitglieder in Deltereich und Substanz. Der Reichspräsident hat die völkische Studentenschaft nicht als legitim anerkannt, sondern als illegale Ausschüßung nicht anerkannt. Der Allgemeine Studentenausschuß, der eine starke Rechtsmeinung aufweist, teilt vielmehr mit, daß er vorläufig seine Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit bis zu weiteren Verhandlungen zurückstellt.

O diese Republik!

Berlin, 21. Januar. (Radiotelegramm.)

Der unpreussische Rittergutsbesitzer Graf Gleditsch zu Gleditsch wurde am Donnerstag wegen Beschuldigung der Reichsflucht von dem Schöffengericht in Anberburg zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt.

„Nussolins Politgeschehen vor Gericht. Am Donnerstag begann vor der Berliner Strafkammer unter harten Androhen des Verfalls der Freigang gegen die italienischen Verfallenen und den italienischen Volkstribunal. Die Verhandlungen werden drei Tage dauern.“

Handelt Hindenburg noch verfassungsmäßig?

Der Reichspräsident hat die Aufgabe, eine ihm geeignet scheinende Persönlichkeit mit der Bildung des Kabinetts zu beauftragen. Ihre bestimmte Bindungen aufzulegen ist nicht seine Aufgabe. Der Reichspräsident soll sich um das Zustandekommen einer Regierung bemühen. Er soll sehen, ob er Männer findet, die bereit sind, mit ihm zusammen vor das Parlament zu treten. Seine Aufgabe ist es, diejenige Kombination oder Koalition herzustellen, von der er sich einen parlamentarischen Erfolg verspricht. Selbst wenn sein Unternehmen nicht, so gibt er seinen Auftrag gerad, und der Reichspräsident betraut einen anderen. Letztlich die höchste Stelle von vornherein auf eine bestimmte Richtung fest, so ist der, der ein Kabinet bilden oder auch nur die Möglichkeit einer Kabinettsbildung prüfen soll, von vornherein beengt und behindert. Ihm ist die Marschroute vorgezeichnet, von der er nicht abweichen darf.

Auf diese Weise wird das System der parlamentarischen Demokratie gefährdet, auf diese Weise wird die Gefahr eines persönlichen Regiments heraufbeschworen, das ebenso bedenklich ist, wenn es von einem republikanischen Präsidenten ausgeht, als wenn es in den Händen eines Monarchen liegt. Was die Situation betrifft, worin vorliegenden Falle nach der Ansicht, daß Herr von Hindenburg von vornherein nicht nur eine ganz bestimmte Zusammenfassung der Regierung anstrebt, sondern seinen Einfluß auch in der Frage der dem Kabinet angehörenden Personen geltend macht. Es ist kein Zweifel, daß er mit allem Nachdruck auf die Rückkehr des Herrn Gehler besteht. Es mag dahingestellt sein, ob es richtig ist, daß er sich von dem bisherigen Reichsminister für das Innere lassen, er werde unter seinen Umständen freiwillig auf seine Wiederernennung verzichten. Tatsache ist, daß der Reichspräsident von seiner Ausübung auch in dem Augenblicke nichts wissen wollte, als die Parole des Herrn Gehler deutlich genug zu verstehen gab, daß sie seine Wiedereinsetzung nicht länger wünsche und als das Zentrum sich dieser Stellungnahme der Demokraten anschließen geneigt war. Die Krisis, die wir durchleben, ist so ferne eine Regierungskrisis mehr, sondern sie ist fast zu einer Verfassungskrisis geworden.

Nun das Verhalten der Bürgerblock als ein harmloses Gebilde hinzustellen. In dem Brief an Herrn Marx wird von der Notwendigkeit der Wahrung der Arbeiterinteressen gesprochen. Wir zweifeln nicht an dem guten Willen des gänzlich unpolitischen Reichspräsidenten. Wir zweifeln aber daran, daß die Deutschnationalen geteilt und in der Lage sind, diesen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Wir sind auch überzeugt, daß nicht nur die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter, sondern auch die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften unsere starken Bedenken in vollem Umfang teilen werden. Wer immer dem Hindenburgischen Appell an Staatsbürgergemeinschaft und Vaterlandsliebe Folge geben mag, für die Arbeiterklasse bleibt der Bürgerblock die innen- und außenpolitische Gefahr. Wir werden nicht viel darüber, daß es als Vaterlandsliebe und staatsbürgerliche Gefühlsregung eine Art von „Republik der Bürgerlichen Parteien“ sei. Wir warnen vor der Folgen, die Form und Inhalt einer Lösung im Sinne des Herrn von Hindenburg nach sich ziehen müßten. Würden wir die Dinge ausschließlich unter parteipolitischen Gesichtspunkten ansehen, so hätte die rechtsorientierte Bürgerregierung für uns keinen Schaden. Aber wir Sozialdemokraten empfinden eben Vaterlandsliebe genug, um über den Interessen der Partei nicht die der Allgemeinheit zu vergessen.

Die vom Reichspräsidenten geforderte Entscheidung des Zentrums läuft praktisch auf eine Kapitulation vor der Deutschen Volkspartei hinaus und verlangt nichts anderes als eine Lösung der gegenwärtigen Krise zugunsten der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse. Diese Aufgabe ist mit keinem Worte aus dem Munde der Welt zu hören. In einer Bürgerblockregierung haben die großagratischen und landwirtschaftlichen Kreise das Hebräerwort. Das ist bei jeder Stärke im Parlament gar nicht anders möglich, und damit ergibt sich von selbst, daß in einem solchen Kabinet sozialreaktionäre und monarchistische Tendenzen auf die Dauer trotz aller guten Absichten des Zentrums eine maßgebende Rolle spielen werden. Auf alle Verprechungen von rechts prüfen wir, mit welchem Recht zeigt die Vergangenheit.

Will der bisherige Reichskanzler Dr. Marx sich zu dem geplanten Experiment hergeben — der Reichsbannermann und einfrige Präsidentenwahlstandidat aller republikanischen Parteien? Schon der Gedanke, daß ein Mann, der im Dezember die Verhandlung mit rechts ablehnte und es lieber am Bruch kommen ließ, jetzt ein Reichskabinet zu bilden im Begriff stehen soll, erscheint fast absurd. Aber schließliche hat kein anderer als Herr Marx seinen Ruf zu verlieren!

Die Stellung des Zentrums in der gegenwärtigen Situation soll uns heute nicht abstrakt beschäftigen. Wir möchten zunächst nur an die von ihm noch vor wenigen Tagen geäußerten „schweren außen- und innenpolitischen Bedenken gegen eine Rechtsregierung“ erinnern. Sind diese Bedenken plötzlich verloren oder beiseite gerückt? Wie ist es weiter mit dem erst vor 48 Stunden zum Bruch gebrachten „besonderen Nachdruck“, mit dem das Zentrum eine Regierung der Mitte erstreben wollte. Von dem

Kopfloße Fortpflanzung.

Lebensverlängerung durch Entkopplung.

Opfer der Eifersucht. Der Revolver der betrogenen Frau.

Die Frau des Gastwirts Trepow in Berlin-Schöneberg heute fast seiner Zeit gegen ihren Mann den Revolver in die Luft zu stecken. Als dieser am Mittwochabend längere Zeit abwesend war, begab sich die Frau von Eifersucht getrieben, auf die Suche. Dazu wollte sie sich einen geladenen Revolver ein. Tatsächlich fand sie ihren Mann in einer benachbarten Kneipe in Gesellschaft einer Fremdbin seiner Frau. Es kam zu einer großen Eifersuchtszene, wobei die Frau den Revolver zog und ihren Mann und ihren Fremdbin drohte, beide zu erschlagen, wenn sie nie noch einmal zusammen trafe. Als Frau Trepow in ihr eigenes Restaurant zurückkehrte, war sie in großer Erregung und mit den Worten: "Ich habe meinen Mann mit einer anderen Frau angetroffen" den angestrichelten Revolver an den Stammtisch an dem die Fremdbin saß, in die Luft geschossen. Die Fremdbin trug eine Schuß und der am Tisch sitzende hochhändler Johann Trümper samt von seinem Stuhl. Die Kugel hatte sein Herz durchbohrt und seinen Tod auf der Stelle herbeigeführt. Als die Frau das Unglück sah, das sie angerichtet hatte, fiel sie in Ohnmacht und starb im Krankenhaus. Sie war als 37-jährige Frau (21) eingetretet worden.

beantwortete, daß die Anträge und Bestellungen zur nochmaligen Prüfung an ihn zurückgegeben werden. Oberbürgermeister Dr. Landmann bezeichnet die Objektivität des Ausschusses und machte den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, den sozialdemokratischen Abgeordneten Friedrich, der zugleich hiesiger Beamter ist und eine Mitteilung des Oberbürgermeisters als unwahr bezeichnete, darauf aufmerksam, daß er als hiesiger Beamter wegen dieser Beziehung zur Sachlichkeit gezogen werden könne. Darauf erwiderte er auf der linken Seite des Saales ein ungünstiges Urteil von der Entrüftung. Der Antrag des Ausschusses wurde schließlich von der Mehrheit des Kollegiums abgelehnt. Anschließend verließ der Magistrat den Sitzungssaal.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß nun mit großer Mehrheit, daß der Magistrat auf Grund des § 5 der Geschäftsordnung und § 49 der Gemeindeverfassung sofort zurückzutreten und an den Verhandlungen teilzunehmen habe. Der sozialdemokratische Delegiert der Arbeiterschaft, Stadtrat Friedrich, entsprach diesem Beschlusse, während die anderen Magistratsmitglieder ablehnten, zu erscheinen. Die Angelegenheit dürfte insbesondere noch ein Nachspiel haben.

Ein Staatspräsident gegen Friederich.

Berlin, 21. Januar. (Radiomeldung.) Der hiesige Staatspräsident Dr. Brücker (Zentrum) machte sich in der Donnerstag-Sitzung des Preussischen Landtages anlässlich der Verteilung des badischen Verzettes im Verwaltungsrat der Reichspost ebenfalls gegen die Friederichs-Markte, indem er ausführt, "daß es nicht in ihrem Sinne, daß jeder, der in unserem noch jungen republikanischen Staatswesen die meist gebrauchte Briefmarke mit dem Bilde eines Monarchen versehen werden muß, dessen Züge für die deutschen Bürger unheimlich ist. Für uns ist Friederich ebenfalls nicht der Ausdruck der Einheitung des deutschen Volkes, deshalb haben wir das Markenbild abgelehnt."

Eine überraschende Lebenskraft des entkoppten Körpers zeigen gewisse Schmetterlinge, bei denen das Köpfchen überhaupt nicht gleichbedeutend ist mit dem Tode des übrigen Körpers. Von Jahren schon machte der englische Entomologe (Insektenforscher) Willson die merkwürdige Beobachtung, daß die vom Kopf getrennten Körper von Trauermantel-Faltern nicht nur einige Tage weiterleben, sondern sogar noch Eier legen, also noch nach Tagen absolute "Kopfloßigkeit" nachzugehen ausführen. Noch bedeutsamere Beweise von der Lebensfähigkeit entkoppter Schmetterlinge trachten aber die jüngsten Versuche, die der französische Prouvier am Kaltern auf der Insel Madagaskar ausgeführt hat. Diese Versuche hatten das verblüffende Ergebnis, daß die geköpften Falter länger lebten als ihre unkoppten Verwandten. Und auch hier lag kein Witz, wie bei der unkoppten Beobachtung, daß sich die kopfloßen Schmetterlinge ganz normal fortpflanzen imstande waren. Bei manchen Gattungen geht die Fähigkeit, auch nach dem Tode noch Weiterleben fortzusetzen, bisweilen so weit, daß Krabben z. B. die im Falle der Gefahr geschäbte Gliedmaßen oft freiwillig abzuwerfen pflegen, das auch dann noch tun, wenn ihnen der Kopf abgetrennt wurde.

Der Bauernohn als Vätermörder. Um das letzte Erb

Auf lebenslängliches Justizhaus wegen Totschlägers um den Vater und zehn Jahren Justizhaus wegen Totschlägers um den Stiefmutter lautete das Urteil, das ein Berliner Schlichter am Donnerstag gegen den Bauernohn Friedrich Voll führte. Der Vater des Angeklagten war ursprünglich ein Arbeiter eines Bauunternehmens in Westpreußen. Er war dem Trepow ergraben und verheiratete seine Frau und Kinder. Schließlich verkaufte er sein Vermögen und kaufte sich in der Nähe von Berlin an. Die häuslichen Verhältnisse unter einer Stiefmutter wurden nicht besser, und so blieb der Sohn nach dem Tode des Vaters das neunjährige Ansehen der Tochter und dem Schmeichelehn überließ und sich auf Altemont lebte. Dadurch fühlte er sich betrogen, und er verlangte vom Vater weitere 500 Mark. Das lehnte der Vater ab. Da zerfiel in dem Sohn der Gedanke, aus Mutt und Nache angeblich die ganze Familie zu erschlagen. Er kaufte sich in Eisen einen Revolver und erschoß auf dem Anwesen des Vaters. Vier kam am Abend nach der Ankunft zu einer Ausrede, der Vater beharrte jedoch auf seiner Ablehnung. Nach einer ruhig durchgeführten Nacht begab sich der Sohn am anderen Morgen, während die Tochter im Schlafe, in das Schlafzimmer der Eltern und gab, ohne ein Wort zu sagen, auf den Vater drei und auf die Mutter zwei Schüsse ab. Daraufhin begab er sich ins Nebenzimmer und schloß sich selbst, vor dem Spiegel liegend, eine Kugel in den Kopf. Der Vater erlag seiner tödlichen Verletzung, die Stiefmutter geriet inwieweit er selbst nicht, obwohl die Kugel das Weibchen in der Stirn durchdrungen hatte und damit unter 99 von hundert Fällen den Tod herbeigeführt hätte, nach 6 Kilometer zu Fuß wälzte, ehe er verhaftet wurde. Seit um war der Angeklagte der Verhandlung gefolgt, so um nach dem das Urteil erging.

Eine merkwürdige Verlegung.

Der für den 20. Januar anberaumte Termin zur endgültigen Entscheidung über das Verbot der Vereine Bieling und Olympia ist auf den 17. März 1927 verlegt worden. Die Verlegung wurde angeblich herbeigeführt durch einen vom preussischen Minister des Innern gestellten Antrag, die Akten des Staatsgerichtshofs über das Verbot an den Reichspräsidenten zu übersenden. Schon im Schriftsatz vom 3. November 1926 hat der preussische Innenminister zur Verlegung der Verhandlungsbilgie (Erhörts) und seines Erhebungsprozesses vom März 1926 sich auf das vorgeschriebene Verfahren gegen die Vereine geäußert. Der Minister des Innern hat es danach für selbstverständlich gehalten, daß die zur Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof benötigten Akten dieses Gerichts rechtzeitig von Amts wegen herbeigezogen würden. Der ausdrückliche Antrag hatte lediglich den Zweck, zum Überflüssigen noch darauf hinzuwirken, daß die Akten auf jeden Fall für einen eventuellen Gebrauch durch Verlegung einzelner Zeile zur Stelle seien.

Die Verlegung um über sieben Wochen erscheint daher im Hinblick auf dringende ermittelte Wiedereinbringung der Entscheidung nicht als unbedenklich, sondern nach mehrbündig. Selbst für eine Durchsicht der Akten kann eine so weite Verzögerung des neuen Termins nicht gefürchtet sein.

Aus dem Sächsischen Landtag. Die Deutschnationalen retten die Regierung.

Dresden, 21. Januar. (Fig. Drahtbericht.) In der Donnerstag-Sitzung des Sächsischen Landtages übten die DN, Böckler (Sachl) und Dal (Sachl) einen mächtigen Druck auf die radikalen Regierungsparteien und insbesondere an den Beizhalten der sogenannten Ministerkabinette. Die Regierungsparteien begnügten sich mit einer kurzen Erklärung, indem sie die Einverständnis mit den Forderungen des Ministerpräsidenten feststellten. Ein konstituierendes Ministerkabinett sowie ein konstituierendes Ausschusskabinett wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Bei der Abstimmung über den Ministerantrag gegen die Regierung entschieden sich die beiden Nationalsozialistischen Parteien. Sie stimmten jedoch gegen den Ministerantrag. Der Antrag wurde ebenfalls mit den Stimmen der deutschnationalen Fraktion abgelehnt.

Merkwürdig! Das "Berliner Tageblatt" meldet aus dem Haag, daß General G. Sedel dort am Donnerstag als Geißel der Comborg-Amerika-Sinie weilt. Der Meldung wird hinzugefügt, daß der Reichspräsident v. Hindenburg am Samstag für den General v. Sedel im Reichspräsidentenpalais einen Abend veranstaltet habe.

Berlin baut Schulen

Berlins Schuldeputation hat beim Magistrat einen Betrag von zunächst 30 Millionen RM. für Schulneubauten beantragt. Davon fallen für das laufende Jahr als erste Rate 10 bis 14 Millionen Mark Verwendung finden. Gebaut werden sollen 6 Versuchsschulen, mindestens 7 Volksschulen und 3 höhere Schulen.

Der Haushaltsausschuß der Berliner Stadtratsversammlung beschloß den Ankauf des großen Gebäudes des Doppel-Dreieckens zwischen Berlin und Potsdam durch den Magistrat.

Gemeinnütziger Beiz der Verkehrsarbeiter Unter dem Namen "Der Straßenarbeiter" hat sich in Berlin ein Verein zur Unterstützung der Verkehrsarbeiter gebildet. Der Verein will die Einkünfte des Straßenverkehrs fördern, nach einem Unfallfall kostenlose ärztliche Hilfe gewähren und soziales Nachsorge zur Durchführung der Nachsorge der Verunglückten. Der Jahresbeitrag soll 2 Mark betragen.

Sein eigener Schwarzhäutiger. Sich selbst geblüht

In der Nähe von Simbirsk (Rußland) wurde in einem Walde die kopfloße Leiche eines gemütskranken früheren Rechtsanwalts gefunden. Er hatte sich selbst geblüht, und zu diesem Zweck wurde ein zweifelhafter Kalkstein erichtet, mit dem er die Einstrahlung an sich vollzog. Vor der Ausführung der Tat hat er mehrere Proben gemacht. Auf dem Areal hatte er mit Rasen genau die Stelle beseitigt, wo er das Innere hinlegen wollte, damit das Rasengras das Blut bei der Verlegung nicht zu sehen ließe. In dem sich der Selbstmörder selbst das Todesurteil sprach. Er lebte nämlich in dem Wald, daß er einen Mann begangen habe. Wiederholt hatte er bei der Polizei Anzeige gegen sich erstattet.

London-Kapital in einer Minute. Durch eine neue Erfindung der sogenannten "Automaten", ist ein beinahe automatisches Arbeiten der Kasselektre ermöglicht worden. Dadurch ist es gelungen, in einer bisher nicht erreichten Schnelligkeit auf einen London und Kapstadt, also über eine Entfernung von über 8000 Meilen, zu telegraphieren. Ein Telegramm wird innerhalb einer Minute verschickt. Von solchen Aufträgen sind bereits in Kapstadt durch den Drucker aufgenommen. Das bedeutet zwischen London und Kapstadt einen Schnellleitungsverdienst von 48 Prozent und eine weitere Weiterentwicklung von 19 Prozent durch den Fortfall von Zwischenstationen.

Bergarbeiter. Am Donnerstagmittag wurden auf Höhe von ober der Bochumer Heide drei Bauer durch Furchen gehen einer Minute verschickt. In Wärdern es gelang den einen mit leichten Verletzungen zu bergen, konnten die beiden anderen einmitleidlich noch nicht befreit werden, so daß mit ihrem Ableben zu rechnen ist.

Selbstmord — weil sie zu viel war. Am Seebad Miamia (Algeria) hat sich eine Frau vergiftet, angeblich weil sie zu viel gezeigert war, um nach dem ihrem Platte geliebt zu werden. Am einem Abend sollte beiz sein, sie ist nicht ausdrücklich in ihrem Gemüht, das auf 180 Pfund angehoben war, so daß sie nicht mehr mit der Wobe der schlanke Linie mitgehen konnte.

Selbstmord eines Schrankebauers. In Wandegau verbrachte sich während des Dienstes ein Schrankebauarbeiter an dem Übergang der einzigen Straße. Der Führer eines Güterzuges bemerkte, daß die Schranke offen stand und brachste seinen Zug zum Halten. Dabei wurde der Selbstmörder ertränkt und ein Unfall vermieden.

Tob durch Kopfsprung. Im Stadtbad in Göttingen rief ein Student während des akademischen Schwimmbades beim Kopfsprung im Wasser gegen den Kopf eines anderen Studenten. Er erlitt eine Fraktur des Schädels und wurde schwer verletzt.

Schlechte Räte. Im Norden Sibiriens herrscht augenblicklich eine selbst für die viele an kalte gewohnten Gebiete ganz außer gewöhnliche Temperatur. Das Thermometer sank teilweise auf 65 Grad Celsius. Viele Menschen und besonders viele Tiere sind erjoren.

Hermann Fischer, Lauchhammer Fernspr.-Anschluß: Bockwitz 130 Fahrräder, Nähmaschinen, Motorfahrzeuge, Reparatur-Werkstatt, Rundfunk-Empfänger, Original-Telefonen, Sprechapparate, Benzin- u. Oelstation	Paul Redlich Nauendorf-Lauchhammer. Paletots - Anzüge Sämtliche Herren-Artikel	Kreis Liebenwerda JANUAR 	Edmund Platz Bahnhofstraße 46 Liebenwerda Bahnhofstraße Feine Herren- und Damen-Schneiderei Grosses Lager fertiger Herren-Garderobe Arbeitsbekleidung	Emil Hänisch - Liebenwerda Telefon 423 Roßmarkt 4 Kleider und Seidenstoffe :: Leinen- und Baumwollwaren Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion Wollwaren :: Trikotas :: Kurzwaren Leib- Bett- und Tischwäsche
A. Lehmann Biehla-Eislerwerda Hauptstraße 106 Wäsche- und Bekleidungshaus	Max Zöllner Uhrmacher, Bad Liebenwerda Bahnhofstraße 31 Uhren und Goldwaren Reparaturen gut u. billig	HAUSFRAUEN kauft das gute KAISER-AUSZUG-MEHL in Beuteln zu 5 u. 10 Pf. der SCHLOSSMÜHLE BAD LIEBENWERDA	Die Sparbüchse ist der Anfang! Gewöhnen Sie Ihr Kind zur Sparsamkeit und leger Sie ihm ein Konto auf der Sparkasse an. Es wird Ihnen dafür dankbar sein, denn: Früh gewohnt, alt getan!	Kreissparkasse Liebenwerda zu Bad Liebenwerda Kassenstellen in Biehla, Cobdorf, Hohenleipisch, Mückenberg, Nauendorf und Plessa. Stadtparkassen: Eislerwerda, Bad Liebenwerda, Mühlberg, Uebigau u. Ortrand (letztere m. Annahmestellen in Gröden, Großthiemig und Hirschfeld). Gemeindeparkassen: Bockwitz und Falkenberg.
Großer Weihnachts-Verkauf 10, 20 u. 25 Prozent Rabatt Kaufhaus Grunewald Eislerwerda Denkmalplatz — Boko Bahnhofstraße Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung	Arthur Fuchs Größtes Spielwarenhaus des Kreises Forum 171 Eislerwerda Markt 2.	ANGEBOTE		
Hermann Galle Ist bekannt für gute und billige Preise Baumwoll-, Woll-, Leinenwaren, Gardinen, Wäsche, Wolle, Garne u. Strümpfe				



Neue Wohnungsbauten beschlossen!

Beschlüsse des Haushaltsausschusses. / Ein Warenhausneubau in Halle. / Die Lutherschule als Notkrankenhaus.

Halles Wohnungsbau 1926.

Wie mitgeteilt wird, hatte Halle im Jahre 1926 einen Neuaufgang von 963 Wohnungen, davon durch Neubau 867, der Rest durch Umbau. Es wurden gebaut: 133 Siedlungshäuser mit einer, 23 Siedlungshäuser mit zwei, 5 Häuser mit drei, 6 Häuser mit vier, 97 Häuser mit fünf bis acht, 2 Häuser mit neun bis zwölf Wohnungen, insgesamt 289 neue Häuser. Neun alte Häuser wurden abgebrochen. Von den neuen Häusern hat die Stadt gebaut: 14 Häuser mit 84 Wohnungen an der Artilleriestraße, zwei Häuser mit je acht Wohnungen, zwei Häuser in der Büchsenmacherstraße, 13 Häuser mit 73 Wohnungen in der Merzburger Straße, Eingang Querstraße. Das sind zusammen 106 Wohnungen. In diesem Jahre ist beabsichtigt, mit dem Bau von vier fünfstöckigen Häusern in der Meißnerstraße zu beginnen. Sie werden sieben Dreizehnzimmernwohnungen und sieben Vierzimmerwohnungen enthalten. Außerdem sollen sechs Häuser in der Meißnerstraße gebaut werden, die 36 Wohnungen enthalten, drei Häuser in der Büchsenmacherstraße mit 18 Wohnungen. In der Nähe des Stadttheaters wird ein Haus umgebaut, wodurch vier kleine Wohnungen entstehen sollen.

Der Haushaltsausschuss der Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung in der Hauptsache ebenfalls mit allerlei Bauprojekten und fasste folgende Beschlüsse:

Zum Bau von 218 weiteren Wohnungen in der Siedlung hinter der Artilleriestraße wird an die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft „Eigene Scholle“ gegen hypothekarische Sicherheit ein Darlehen in Höhe von 218500 M. genehmigt. Desgleichen ein Darlehen von 64500 M. an den Spar- und Bauverein „Bund der Förderer“.

In der gestern erwähnten Vorlage des Magistrats, genannt Wohnungsfürsorge für städtische Beamte, Angestellte und Arbeiter wurde bemängelt, daß für eine Anzahl Wohnungen kein Bad vorgesehen ist. Darauf wurde erwidert, daß die Verhältnisse für eine solche Wohnung sich wesentlich verteuern würden. Man kam dahin überein, dafür zu sorgen, daß für solche Wohnungen kein Bad, in denen der Einbau eines Bades nicht möglich ist, ein gemeinsamer Badezettel befristet wird. Eine Wollwobenanne für je zwei Familien wurde genehmigt. Im übrigen wurde die geforderte Summe in Höhe von 17728 M. genehmigt.

Dem Bau von 48 neuen Wohnungen mit Bad und 60 bis 70 Quadratmeter großem Garten und die Gewährung eines erheblichen Kredites aus Anleihemitteln von 188 990 M. wurde zugestimmt.

Die im Etat für 1926 eingelegten Beträge für Straßenreinigung sind überschritten worden um 3200 M. Die Veranlassung der in Frage kommenden Ausgabeaufhöhung wurde genehmigt. Bei dieser Gelegenheit wurde auf den Schmutz in unseren Straßen hingewiesen und gefordert, Straßenreinigung auszuführen. Die Straßenreinigungskommission befindet sich zurzeit auf Reisen, um in anderen Städten die Reinigungsmethoden sich anzusehen. Nach ihrer Rückkehr sollen entsprechende Vorschläge unterbreitet werden.

Der Antrag der Präsidium der SPD auf Revision der städtischen Polizeibehörde wurde verworfen, nachdem der Antrag gestellt wurde, eine schriftliche Nachweisung über die bisherigen Verbesserungen seitens des Magistrats vorzulegen.

Nach dem Vergleich, der zwischen dem Magistrat der Stadt Halle und der Firma K. B. u. in abgeschlossen wurde, werden die Verkaufskonten im Stadtbuch einbüchlich am 1. Juli 1926 frei werden. Freiwillich hat die Firma eine Kreditsicherung um 66 1/2 Prozent an. Bis 1929 soll die Firma auf eigenen Grundstücken selbst ein großes Warenhaus gebaut haben.

Die Lutherschule soll als Notkrankenhaus für Grippekranke mit vorläufig 200 Betten zur Verfügung gestellt werden; 200 Betten werden zur Reserve vorbehalten, so daß insgesamt 400 Betten bei Ausbruch irgendeiner Krankheit den Einwohnern von Halle zur Verfügung stehen. Die Umsiedlung der Kinder in andere Klassen läßt sich leicht bewerkstelligen. Vorzüge ist auch getroffen, daß das erkrankliche Personal, Ärzte und Schwestern zur Stelle ist. Für die Anschaffung von Betten, Wäsche u. dgl.

wird ein Betrag von 75 000 M. bereitgestellt. So beabsichtigt man die Fürsorge des Magistrats ist, konnte ein Vertreter der Rechte doch nicht umhin, auf den unerhörten Kurs hinzuweisen, daß gleich 400 Betten angefordert werden sollen. Nach seiner Meinung genügt die Beteiligung der Gasse des geforderten Betrages. Der Antrag des Magistrats fand Annahme.

Drei Grundstückskaufe wurden in geheimer Sitzung erledigt. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Hausinsruherhypotheken für Wohnungsbauten.

Wie der Amtliche Kreisbote mitteilt, haben die Häuser für Volkswohlfahrt und der Finanzen unter dem 31. Dezember 1926 die neuen Grundstücke abgenommen und die Veräußerung von Hausinsruherhypotheken für Wohnungsbauten, die im Jahre 1927 errichtet werden sollen. Sie schließen sich in der Hauptsache den vorjährigen Richtlinien an. Bemerkenswert ist vor allem eine Wendung, die vorliegt, daß der Tilgungssatz der Hausinsruherhypotheken nach Ablauf von 10 Jahren von 1 Prozent auf 2 Prozent heraufgesetzt werden kann.

Die Gemeinden unter Ausnahmerecht.

Drohung der Kommunalanbahn.

Aus einer Denkschrift des Reichsfinanzministeriums kann man ersehen, wie hart die Reichsbehörden dem Schlangenvort von der Hypothekentilgung in Halle und anderen Orten in der Zeit vom 1. Januar 1925 bis zum 30. September 1926 Rechnung getragen haben. Danach hat die Verwaltung des Reichsfinanzministeriums 115 Millionen Mark landwirtschaftliche Anleihen voll genehmigt, von 464,5 Millionen staatlichen Anleihen wurden 400,9 Millionen befreit und durchgeführt, während von den 801,7 Millionen Bundesanleihen die Kommunen beantragt haben, gerade die Hälfte, nämlich 459,8 Millionen, genehmigt wurden. Das geschah in derselben Zeit, in der die Belastung der Gemeinden durch die Entwicklung der Wirtschaftslage außerordentlich vergrößert wurde, und auf der anderen Seite die Einnahmen der Gemeinden bei bedeutender Steigerung der von ihnen durchgeführten Aufgaben zurückblieben. Am Gegenstand dieser rigorosen Drohung der Kapitalberücksichtigung der Gemeinden steht die Befreiung von Industrieanleihen, bei denen von 298,5 Millionen 213,3 Millionen genehmigt worden sind, wobei die geringfügigen Kürzungen sich wieder auf öffentliche Anleihen übertragen. Die Anleihen der Städte im Wert von 1,3 Milliarden Landesbankdarlehen sind um 5 Millionen Dollar, die des Reichsverbandes oberdeutscher Elektrizitätswerke um 1 Million Dollar gestiegen, so daß sich für die privaten Industrieanleihen überhaupt keine Kürzungen ergibt. Man darf daraus schließen, daß die privaten Industrieanleihen überhaupt keine Kontrolle unterliegen, während die letzten Jahre beweisen haben, daß hier die Kontrolle sehr viel strenger gewesen wäre, als bei den Kommunen, deren Anleihen ohne vorher die zahlreichen Aufsichtsinstanzen durchlaufen müssen.

Ganz anders verhält es sich bei den Kommunen gegenüber den öffentlichen Anleihen. Gerade bei den Deutschen Sparkassen- und Giroverband eine Kürzung seiner Anträge auf fast ein Drittel zu bezwecken. Gegenüber wurde die Landesbank der Rheinprovinz behandelt. Von der 15-Millionen-Dollar-Anleihe der Stadt Freuden wurden nur 5 Millionen anerkannt und zwei Drittel um andererseits zwei Millionen gekürzt, im Vorhanden, das dem Provinzialrat zwar zweifelslos fürgerichtet werden dürfte. Aus diesen halbsinnigen Verfügungen heraus weisen wir, daß all die genannten Stellen diese hohen Beträge tatsächlich benötigen, und es wäre höchstens ein Zeichen gröbsten und bedauerlichen Misstrauens in die Objektivität der Reichsbehörden, wenn diese Stellen, um überhaupt etwas zu bekommen, ihre Anträge von vornherein hätten überbieten müssen. Die Sozialistische Partei hat schon immer auf das schärfste gegen die Überforderung der Gemeinden protestiert und die Aufhebung der ganz unangebrachten Sonderkontrolle gefordert. Daß die Gemeinden unter Ausnahmerecht gestellt werden, ist ein Zu-

stand, der absolut untragbar ist. Die Sonderbehandlung der Gemeinden und die Bevorzugung der Privatbanken ist allerdings eine Erscheinung, die vornehmlich in die offizielle Wirtschaftspolitik der Behörden paßt.

„Schurrtater geht nach dem Kongo.“

„Besitzer der „Halleischen Zeitung“, Otto Thiele, vor der halleischen Stadtkammer am 20. Januar 1927. „Ich nehme mir jedes Jahr ins Bad nach Göttingen eine Sekretärin zur Seite, die in diesem Jahr wurde ich das tun. Am nächsten Jahr, wenn ich nach Afrika reise, wird das allerdings nicht möglich sein.“

Er ist fleischig. Aber moßte wie einst der alte Abraham, den Sarah als Hinderbändigerin mit einem Sohn überbrachte.

In jedem Jahr fährt er ins Bad. Nach Göttingen. Und da seine Arbeitsamt ohne Maß ist, schiedet er auch an der Stelle der Wohnung. Seine jetzige Sekretärin hilft ihm bei der Arbeit im Bad.

Man weiß reißt die Mitarbeiterin, die wegen der beanspruchten Arbeitszeit weniger als 25 auf ist, dem Chef voraus, um alles möglich zu machen. Wagt dann der wadere Alte gar zu lange auf sich warten, dann schreibt ihm die Sekretärin in ihrer ungeheuren Schamhaft nach Arbeit. Die Kunde, deren sie sich dabei bedient, mag Unangelegentlichkeit ist, was er erfahren, daß der Kenner weiß, warum das arbeitsunfähige Mädchen hat. „Mein lieber Schurrtater“, nicht lächelt: „Mein göttlicher Apoll!“

Schurrtater, der bisher seine Bedarfe in Göttingen leistete, hat also nunmehr den Entschluß gefasst, seine nächstjährige Badereise zu dem dunklen Afrika zu unternehmen. Dieser die Meiste dieses Zeitungsredaktionsbüros hat. „Kongo war bisher nichts bekannt. Auf Anfrage bei der im vergangenen Jahr in Göttingen beschäftigten Sekretärin wird unsere Vermutung bestätigt, daß Schurrtater in Afrika einen kräftigen Bavian lebend einzulangen beabsichtigt, um mit dem Tier zusammen bei Professor Steindachner in Wien vorzuführen zu werden.“

Die witzigen Entwürfe Thiele auf seinem Jagdflug zum Kongo den besten Erfolg.

Wie wir schon erfahren, sollen die beteiligten Angestellten der „Halleischen Zeitung“, deren Herausgeber der Kongo-reisende Thiele ist, sich sofort nach Bekanntwerden des Plans ihres Chefs mit dem Scheitern der Expedition in Verbindung gesetzt haben, damit die Rückkehr ihres verehrten Oberhauptes aus dem dunklen Afrika unter allen Umständen gewährleistet ist.

Das „antarktische Expeditionskorps Halle“.

Ein großangelegtes Rettungsunternehmen.

In den letzten Tagen ist in verächtlichen Tageszeitungen ein Aufruf des „Kommandos des antarktischen Expeditionskorps Halle“ erschienen, der unter äußerst günstigen Bedingungen Personen aller Berufe beiderlei Geschlechts für den Expeditionsdienst sucht. Außen in den Breiten hat dieses Angebot ebenfalls sich schriftlich und zum großen Teil sofort persönlich zu melden. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um einen großangelegten Betrag eines zehnjährigen Ankaufsmens, der im Dezember 1926 nach Entlassung aus dem Gefängnis in Halle zu gesagen ist. Der Zeiger ist inwieweit festgenommen. Er behauptet, im Aufrufe eines in Berlin aufhängigen Kapitains zur Gees zu handeln. Dieser Kapitain ist früher bei große Unbequemlichkeit auch bisher nicht aufgefunden war.

Vorsicht beim Unterschriften von Schriftstücken.

„Sei vorsichtig gegenüber Personen, die Dich in der Wohnung aufsuchen, um Dir allerbände Sachen aufzulegen.“ (Dr. jur. Hans Weßell in „Rechtshilfe für den Alltag“, Verlag Julius Heilmann, Leipzig.)

Dieser Rat kann nicht laut genug immer und immer wiederholt werden. Täglich ist in Dutzenden von Fällen in den Arbeiterkategorien festzustellen, daß Frauen und auch Männer Waren, zum Beispiel Bilder, Musikinstrumente, Bücher usw. bei einem Bekannten bestellen, die sie dann, wenn die Rücknahmefristung eintritt, nicht annehmen. Der Annahmeverweigerer ist in den meisten Fällen ein gerichtsliches Vorzeichen der Firma, für die der Bekannte tätig ist. Weislich glaubt der Besteller, er braucht die geforderte Summe nicht zu bezahlen, weil er mit dem Bekannten „etwas anderes vereinbart“ habe, oder weil „der Preis zu hoch“ sei, oder man hat „überhaupt nichts bestellt“, man hat nur seine Adresse auf einen „Zettel geschrieben“, aber man hat nun-

Nützt die Minuten

am Sonnabend, 1/7 Uhr, ist Schluß unseres Ausverkaufes

Herren-Kleidung

- Herren-Sacco-Anzüge 22
- moderne Homespun, Donegalgewebe, in modernen Ausmusterungen
- Jünglings-Anzüge 21
- solide Forester Strapazierware
- Herren-Sport-Anzüge 24
- Breecheseose oder langer Umschlagse
- Herren-Ulster 24
- solide Stoffqualitäten in guter Verarbeitung, beste Façonformen
- Herren-Paletots 39
- aus Marengostoffen mit Samtkragen
- Herren-Gehrock-Paletots 42
- 2-reihige Form, neuester Schnitt
- Herren-Loden-Mäntel 13
- offen und geschlossen tragbar, imprägnierte Strichloden
- Herren-Gummi-Mäntel 11.50
- gute Gummierung
- Herren-Loden-Joppen 9.90
- warm gefüttert, mit Falten
- Herren-Windjacken 6.90
- imprägniert, in Zellbahn
- Herren-Strickwesten 6.50
- braun und schwarz
- Herren-Breecheshosen 4.90
- haltbare Stoffe, viele Muster
- Herren-Hosen 2.90
- Kammgarn und Buxkin
- Herren-Manchesterhosen 8
- unverwüstliche Qualitäten

Knaben-Kleidung

- Kieler Mäntel 5
- kräftiger Bauer Cheviot
- Knaben-Mäntel 9.50
- Ulster- und Raglanform
- Schlupfbüsen- u. Jacken-Anzüge 5.90
- farbige Stoffe, haltbare Qualität, solide Form
- Schul-Anzüge 5.90
- melierter, kräftige Stoffe, für 10-14 Jahre 12.90 für 3-9 Jahre
- Manchester-Anzüge 8.65
- sehr haltbare Qualität, für 10-14 Jahre 12.85 für 3-9 Jahre
- Knie- und Leibchen-Hosen 9.5
- blau Cheviot und melierte Stoffe 1,95
- Sportmützen 9.5
- in allen Farben

Damen-Wäsche — Damen-Strümpfe
Herren-Wäsche — Herren-Artikel
Sport-Artikel — Sport-Gerät
jetzt noch enorm billig — jetzt noch größte Auswahl

S. Weiss

Kaffe am Markt

Das Haus der eigenen Fabrikation

